



3. Dezember 2024

Alterung erreicht im nächsten Jahrzehnt den Höhepunkt

SCHWARZACH Das Bevölkerungswachstum in Vorarlberg hält an. Prognosen gehen von bis zu 450.000 Einwohnern im Jahr 2050 aus. Detaildaten zeigen, dass vor allem die Zahl der ab 65-Jährigen weiter zunehmen wird. „Im nächsten Jahrzehnt erreicht die Alterung

ihren Höhepunkt“, bestätigt der Sozialforscher Bernd Marin.

Die Erklärung dafür ist einfach: Die „Babyboomer-Generation“ kommt ins Pensionsalter. Damit sind Vertreter geburtenstarker Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre gemeint. »A4

Experten fordern Pension erst ab 67

Angesichts der Budgetnöte fordern Sozialwissenschaftler eine Pensionsreform.

WIEN Eine tiefgreifende Reform des Pensionssystems ist überfällig. Das war der Grundtenor einer Pressekonferenz von Sozialexperten am Montag in Wien. Die Forderungen gingen angesichts des hohen Budgetdefizits vor allem in Richtung der Koalitionsverhandler ÖVP, SPÖ und Neos. Wifo-Chef Gabriel Felbermayr plädierte etwa für eine Anhebung des Eintrittsalters auf 67. Als Privatperson bzw. WU-Professor geht er noch darüber hinaus: Das Pensionsalter sei an die Lebenserwartung zu koppeln. Felbermayr stellte zudem Pensionsanpassungen unter der Inflation in den Raum.

Felbermayr wies darauf hin, dass man in den vergangenen fünf Jahren auch Anpassungen der Bezüge vorgenommen habe, die man sich im budgetären Umfeld eigentlich nicht leisten habe können. So spräche aus Sicht des Wifo-Chefs einiges dafür, nach Jahren einer Erhöhung über der Inflationsrate die nächsten Anpassungen unter der Teuerung vorzunehmen. Halte man das ein paar Jahre durch, würde das schon einiges bringen.

Gesellschaft wird älter

Die demografische Entwicklung ist nicht von der Hand zu weisen: 1980 kamen auf einen Pensionisten noch 4,5 Werktätige, im Vorjahr waren es drei und 2050 werden es nur noch



Wifo-Chef Gabriel Felbermayr sprach sich für eine Pensionsreform aus. APA

1,7 sein. Laut Trendprognose der Statistik Austria wird nur das Alterssegment ab 65 Jahren österreichweit wachsen, die VN berichteten. 2060 wird es bereits 29,3 Prozent betragen. Vorarlberg liegt hier landesweit im Durchschnitt: Im Vorjahr betrug der Anteil der Personen ab 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung 18,3 Prozent. 2040 werden es laut Trendprognose 25,7 Prozent, 2080 genau 29 Prozent sein.

Alleine aus diesen Entwicklungen ergibt sich für die Experten - sie waren auf Initiative der „Aktion Generationengerechtigkeit“ zusammengekommen - Reformbedarf. Basis der Diskussion war eine von Wifo-Experte Thomas Url erstellte Studie, die verglich, mit welchen Schritten andere Staaten in der jüngeren Vergangenheit versucht haben, ihre Systeme zu reparieren.

Nur zwei Staaten setzen auf höhere Beiträge, nämlich Irland und Spanien. In letzterem Land wird das zusätzliche Beitragsaufkommen dazu genutzt, einen Fonds zu füllen, der in demografisch schwierigen Zeiten einspringen kann. Die meisten Staaten drehen aber die Schraube Eintrittsalter. So dürfte das Eintrittsalter in Dänemark bis 2070 auf 74 Jahre steigen. In Griechenland sollen es immer noch 72,5 Jahre sein.

Hier warnte Felbermayr: In Griechenland habe es eine Staatspleite gebraucht, um das Pensionssystem zu reformieren, nur habe man dann „sehr dramatische Schritte“ setzen müssen. Schweden wiederum hat auch die Höhe der Pensionsanpassung an die demografische Entwicklung gekoppelt.

Künftige Reformen noch härter

Sozialexperte Wolfgang Mazal argumentierte, dass Reformen für künftige Generationen wegen der gestiegenen Zinslast noch härter ausfallen würden. Felbermayr plädierte zudem dafür, das Pensionssystem besser zu differenzieren, also betriebliche und private Säulen auszubauen. Felbermayr nannte das eine „klügere Mobilisierung“ privater Ersparnisse. Dass die höhere Arbeitslosigkeit eine Pensionsreform erschwert, wollte er so nicht stehen lassen. Wichtiger wäre, die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik nicht zu senken. **VN-JUS**



**EINFACH
MEHR
ERFAHREN**

<https://VN.AT/sunOgE>

2030 erreicht Alterung Höhepunkt

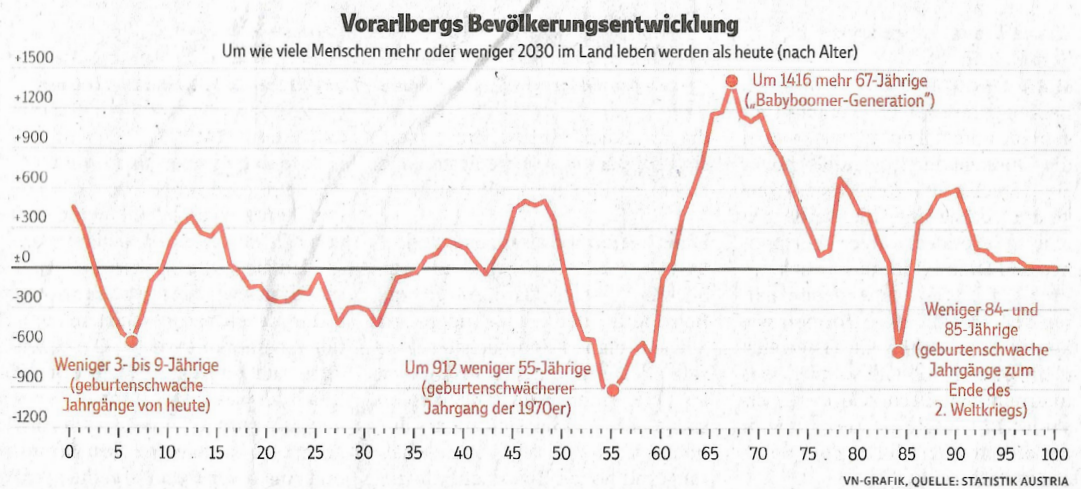
Sozialforscher Marin sieht akuten Handlungsbedarf bei Pensionen und Pflege.

SCHWARZACH Vorarlberg wächst und wächst und steuert auf eine Einwohnerzahl von über 450.000 zur Mitte dieses Jahrhunderts zu. Ein Blick auf Detaildaten in der jüngsten Prognose der Statistik Austria zeigt, dass vor allem die Zahl der ab 65-Jährigen zunimmt. Und dass sie das derzeit besonders stark tut: „Im nächsten Jahrzehnt erreicht die Alterung ihren Höhepunkt“, bestätigt der Sozialforscher Bernd Marin (76).

Aller Voraussicht nach wird die Zahl der ab 65-Jährigen bereits 2030 mit rund 3000 am stärksten steigen und zugleich die Zahl der 20- bis 64-Jährigen mit knapp 1200 am stärksten sinken. In weiterer Folge werden die Veränderungen zurückgehen. Die Erklärung für die Spitze ist einfach: Die „Babyboomer-Generation“ kommt ins Pensionsalter. Damit sind Vertreter geburtenstarker Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre gemeint.

Geburtenflaute

Wenn man sich anschaut, um wie viel mehr oder weniger Menschen nach Alter 2030 im Land leben werden als heute, dokumentiert das überhaupt ein Stück Zeitgeschichte. So wird es weniger Drei- bis Neunjährige geben. Das ist eine absehbare Folge dessen, dass es derzeit krisenbedingt eine Geburtenflaute gibt. Es wird auch weniger Menschen in den 50ern geben. Hier kommt ein Geburtenrückgang in den 1970er-Jahren zum Ausdruck. Darüber hinaus kommt es im Zusammenhang mit den erwähnten



„Babyboomern“ zu einem starken Wachstum. Mit einer Ausnahme: Es wird weniger 84- und 85-Jährige geben. Das ist auf den Geburtenrückgang zum Ende des Zweiten Weltkriegs zurückzuführen.

„Im nächsten Jahrzehnt erreicht die Alterung ihren Höhepunkt.“

Bernd Marin
Sozialforscher

Die Alterung läuft österreichweit, nach Bundesländern aber sehr unterschiedlich. Darauf weist Marin hin: Während in Vorarlberg 2050 ein Viertel der Bevölkerung über 65 sein wird, werde es in Wien ein Fünftel und im Burgenland ein Drit-

tel sein. „Das Burgenland ist bereits so alt gewesen, wie Wien dann sein wird“, so der Sozialforscher.

Mit der unmittelbaren, massiven Veränderung gehen große Herausforderungen einher. In Bezug auf Pensionen sieht Marin die Regierungsverhandler gefordert: „Wer jetzt nicht handelt, ist wirklich verantwortungslos. Da gibt es keine Ausrede. Die Lebenserwartung steigt von Jahr zu Jahr um 70 bis 110 Tage. Da ist es an der Zeit, ein Signal zu setzen und das gesetzliche Pensionsalter um einen Monat pro Jahr anzuheben. Das wäre eine homöopathische, zumutbare Dosis. Sie wäre wichtig, um ein Tabu zu brechen. Sonst wird man das Pensionsalter irgendwann ohne nötige Vorwarnzeit um ein Jahr raufsetzen müssen. Das faktische Pensionsalter steigt zwar, aber weniger als die

Lebenserwartung und daher nicht stark genug.“ Eine Folge davon sieht man im Budget: Bei steigender Tendenz macht der Anteil der Bundesausgaben für Pensionen bereits ein Viertel aus.

Als sogar „weit größeres Thema“ bezeichnet Marin die Pflege: „Hier geht es nicht nur um Geld. Geld pflegt nicht. Es geht auch um den Pflegekräftemangel, der durch eine illiberale Zuwanderungspolitik verschärft wird. Die 24-Stunden-Betreuung ist in einer tiefen Krise.“ Man sei bisher nicht in der Lage gewesen, eine ausreichende Pflegedienstleistungsinfrastruktur aufzubauen, so Marin: „Andere Länder, wie Dänemark, haben längst aufgehört, weiter Heime zu bauen. Sie setzen auf mobile und ambulante Hilfen, auf Tageszentren und Heimhilfen.“ **JOH**